



Oldenburg

Unser Programm für die Stadtratswahl 2026

Die Demokratie und die Wirtschaft in unserem Land befinden sich in einer tiefen Krise. Soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit nehmen zu. Immer mehr Menschen in der Oldenburg haben das Gefühl, dass ihre Meinung nicht gefragt wird. Dem wollen wir entgegenwirken. Unser Land braucht eine demokratische Erneuerung. Die fängt für uns in Oldenburg an.

Wir wollen, dass gute Argumente und Konzepte wieder eine Chance bekommen, zu konkreter Politik zu werden; wir wollen die Verkrustung, die die alten Parteien auf allen Ebenen verursacht haben, aufbrechen. Wir wollen das Leben der Menschen mit konstruktiven Anträgen verbessern.

Wir stehen für eine gemeinwohlorientierte Politik. Wir müssen wegkommen von der Kommerzialisierung und Überregulierung aller Lebensbereiche. Die Profiterwartungen einer Minderheit dürfen nicht die notwendigen politischen Entscheidungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung behindern.

Das BSW vertritt als einzige Partei in Deutschland einen klaren Kurs, der in der internationalen Politik auf Diplomatie und Interessenausgleich setzt statt auf Eskalation, Krieg und Aufrüstung. Damit zeigen wir zugleich den Weg auf, den immer stärker von den Regierenden ins Gespräch gebrachten Sozialabbau abzuwenden.

1. Arbeit, Wirtschaft und Soziales: Zusammenhalt stärken

Soziale Gerechtigkeit und eine innovative Wirtschaft sind kein Gegensatz. Das BSW Oldenburg setzt sich für eine kommunale Politik ein, die dem Trend der sozialen Ungleichheit entgegenwirkt, gute Arbeit fördert, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und das Gemeinwohl schützt.

- **Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit:**

- Schaffung gut bezahlter, sozial abgesicherter Arbeitsplätze durch gezielte Ansiedlungen, Wirtschaftsförderung und Investitionen.
- Keine sachgrundlosen Befristungen bei städtischen Arbeitsverträgen (z.B. Reinigung).
- Vergabe städtischer Aufträge nur an Unternehmen mit **Tarifbindung**.

- **Regionale Förderung:** Konsequente Nutzung vergaberechtlicher Spielräume zur Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft.
- Keine Auslagerung städtischer Aufgaben in Tochtergesellschaften mit geringerem Lohn und schlechteren Arbeitsbedingungen.
- **Bürokratieabbau:** „One-Stop-Prozess“ für Gründer und Startups. Die Stadt muss jährlich prüfen, welche Regeln entbehrlich sind, um Prozesse zu vereinfachen, zu beschleunigen und bürgerfreundlicher zu gestalten.
- **Digitalisierung mit Augenmaß:** Verwaltungsprozesse müssen digitaler werden, aber der persönliche Service und die Möglichkeit zur Bargeldzahlung müssen erhalten bleiben.
- **Soziale Teilhabe und Familie:**
 - Bereitstellung ausreichender Krippen- und Kitaplätze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
 - Keine verkaufsoffenen Sonntage zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags (einzige Ausnahme: Kramermarkt).
 - **Teilhabe stärken:** Ausbau des **Oldenburg-Passes** für Geringverdiener.
 - Verlässliche und auskömmliche Finanzierung für gemeinwohlorientierte Einrichtungen (Bürgerzentren, Beratungsstellen, Erwerbslosenorganisationen wie ALSO, Kultureinrichtungen, Hilfeeinrichtungen für Menschen mit Einschränkungen).
 - Durch Auflage kommunaler Beschäftigungsprogramme Schaffung realer Perspektiven am Arbeitsmarkt auch für Langzeitarbeitslose.
 - Bessere Integration von Geflüchteten. Ausbau der Sprachkurse zum Erlernen der deutschen Sprache.
- **Kommunale Daseinsvorsorge:** Energie, Wasser und Abfall gehören in öffentliche Hand – **Keine Privatisierungen.** Städtische Gebäude müssen durch eigenes, tarifgebundenes Personal bewirtschaftet werden, vor allem bei der Reinigung.
- **Friedenswirtschaft:** Jegliche Unterstützung der Rüstungswirtschaft lehnen wir ab, da sie keine volkswirtschaftlich sinnvolle Arbeit schafft.

2. Bezahlbares Wohnen: Wohnraum ist keine Spekulationsmasse

In Oldenburg wird Wohnen zum Luxusgut. Viele Menschen geben immer höhere Anteile ihres Einkommens für die Miete aus. Die Landesverfassung (Art. 6a) verpflichtet den Staat, die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Da der Markt allein überwiegend hochpreisigen Wohnraum schafft, sind gezielte Eingriffe nötig. Ein gesetzlicher Mietendeckel ist hierbei ein wirksameres Instrument als die schwache Mietpreisbremse.

- **Mietpreis-Stopp & Sozialquote:**

- Einführung eines **gesetzlichen Mietendeckels** als wirksameres Instrument zur Mietpreisbremse.
- Verbindliche Sozialquote von mindestens **einem Drittel** bei allen privaten Neubau- und Bauprojekten der GSG.
- Ausreichende Kapitalausstattung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Bauprojekte in enger Kooperation mit der GSG.
- **Kampf gegen Leerstand & Spekulation:**
 - Einführung einer **Leerstandsteuer**.
 - Die vom BSW im Oldenburger Rat durchgesetzte Zweckenfremdungssatzung gegen Leerstand von Wohnraum konsequent umsetzen (z.B. Hermann-Ehlers-Haus).
 - Anwendung des Bebauungsgebots mit Enteignungsmöglichkeit (Art. 14 und 15 GG), wenn Bauland oder Gebäude (z.B. Wallkino) planmäßig leer stehen und verfallen.
 - Unterbindung von Bodenspekulation durch konsequente Nutzung der Grundsteuer C, Erwerb neuer Grundstücke nach dem „Münsteraner Modell“: Neues Baurecht für private Grundstückseigentümer nur, wenn Teile der Flächen an die Stadt verkauft werden. Wir befürworten die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer und Abschaffung der 10-Jahres-Grenze für die Besteuerung von Wertzuwachs bei Immobilien.
- **Nachhaltige Stadtentwicklung:**
 - Umnutzung leerstehender Büros und von Gewerbeflächen (z.B. Johann-Justus-Weg) in Wohnraum.
 - Förderung von generationsübergreifendem Wohnen und barrierefreiem Bauen sowie seniorengerechten bezahlbaren kleinen Wohnungen und Hausgemeinschaften. Finanzielle Unterstützung beim Einbau einer zweiten Wohnung in Einfamilienhäuser.
 - Keine weitere Zersiedelung der Landschaft; Fokus auf behutsame Nachverdichtung unter Sicherstellung von ausreichendem Parkraum auf den Grundstücken.

3. Mobilität: Realistisch, bezahlbar und ideologiefrei

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Jeder Mensch muss sicher, bezahlbar und zuverlässig von A nach B kommen – unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Alter. Wir lehnen eine Politik ab, die Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspielt. Wir wollen eine Verkehrspolitik nicht gegen, sondern für die Menschen machen: pragmatisch, sozial gerecht, ökologisch vernünftig und wirtschaftlich tragfähig.

- **Stärkung des ÖPNV:**
 - Ausbau des VWG-Netzes in neue Wohngebiete und Verkürzung der Taktzeiten.
 - Einführung eines **Sozialtickets zum halben Preis** (nach Kölner Vorbild).

- Stopp weiterer Fahrpreiserhöhungen mit dem Langfristziel eines **kostenlosen Busverkehrs** (wird heute schon in Luxemburg praktiziert).
- Der Zuschuss für die VWG muss erhöht werden, um Mobilität als Daseinsvorsorge zu begreifen.
- **S-Bahn & Stadtteilbahnhöfe:**
 - Einrichtung einer S-Bahn-Linie zwischen Rastede und Sandkrug.
 - Reaktivierung der Stadtteilbahnhöfe in Ofenerdiek, Osternburg und Krusenbusch sowie Neubau weiterer Bahnhöfe (z.B. an der Eisenbahnbrücke Alexanderstraße).
- **Individuelle Mobilität & Infrastruktur:**
 - Schluss mit ideologischen Schikanen gegen den Autoverkehr. Staus dürfen nicht künstlich durch Fahrbahnverengungen (z.B. Staulinie) oder ideologisch motivierte Veränderungen des Verkehrsflusses (z.B. Umbau Pferdemarkt) provoziert werden.
 - Ausbau sicherer Radwege und Fahrradvorrangstraßen, sofern diese den Autoverkehr nicht übermäßig behindern.
 - **Sofortiger Neubau der Cäcilienbrücke** und unverzügliche Planung der Klappbrücke über die Hunte.
 - Barrierefreier Ausbau (Fahrstühle) der Brücke zwischen Krusenbusch und Bümmerstede durch Fahrstühle.
 - Einrichtung schrankenloser Bahnübergänge an der Stedinger Straße und in Ofenerdiek.
 - Bau der Entlastungsstraße Richtung Wechloy über die von der BSW-Fraktion entwickelte und vorgeschlagene baumschonende Trasse 5a.
 - Reaktivierung von Park & Ride-Plätzen am Autobahnring sowie Schaffung neuer Plätze an Stadtgrenzen und Stadtteilbahnhöfen mit Anbindung an Leihrad-Stationen.
 - **Erhalt bezahlbarer Parkplätze** in der Innenstadt und am Pferdemarkt.
- **Lärmschutz & Verkehrsfluss:** Überprüfung von Tempo 30 an Hauptstraßen auf echten Schallschutznutzen. Bei fehlendem Vorteil fordern wir die Rücknahme der Maßnahmen.
- **Winterdienst:** zuverlässiger Winterdienst für Straßen und Radwege, Ausstattung der Busse mit Winterreifen.
- **Baustellenkoordination:** Derzeit scheint überhaupt keine Koordination zu erfolgen, was zu chaotischen Verkehrsbedingungen führt. Deshalb ist eine vernünftige Baustellenkoordination durch die Stadtverwaltung zwingend erforderlich.

4. Bildung: Beste Chancen für jedes Kind – Sanierung vor Prestige

Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

Wir treten für ein Schulsystem ein, in dem ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen unabhängig von sozialer und ethischer Herkunft und Behinderung gewährleistet ist. Eine bedarfsorientierte individuelle Förderung muss sichergestellt sein, so dass alle Kinder entsprechend ihren Begabungen gefördert werden und sie ihre Potenziale und Kompetenzen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft entfalten können. Durch längeres gemeinsames Lernen werden gleiche Bildungschancen für alle ermöglicht. Dadurch wird die soziale Spaltung unseres Landes verringert.

- **Schullandschaft reformieren:**

- Einrichtung einer vierten IGS, um die massive Ablehnungsquote (über 200 Kinder pro Jahr) zu beenden.
- **Zweisäulenmodell:** Unser Ziel ist eine Schullandschaft, die nur noch aus Gesamtschulen und Gymnasien besteht. Bestehende Oberschulen sollen langfristig schrittweise in Integrierte Gesamtschulen umgewandelt werden.
- Konsequenter Ausbau der Grundschulen zu gebundenen Ganztagschulen.

- **Echte Inklusion:**

- Inklusion darf nicht einseitig bei IGSen und Oberschulen verbleiben. Wir fordern, mindestens ein Oldenburger Gymnasium zur Modellschule für Inklusion zu entwickeln.
- Ausreichende Schulung des Kollegiums in Bezug auf die bevorstehenden Aufgaben und mehr Personal für Integrationsklassen.
- Vollständige Barrierefreiheit an allen Oldenburger Bildungseinrichtungen.

- **Schule als Lebensraum & Neutralität:**

- „kurze Wege für kurze Beine“: wohnortnahe Grundschulen durch eine entsprechende Schulentwicklungsplanung und einen gut ausgebauten ÖPNV.
- Kostenloses, gesundes Mittagessen für jedes Kind in Kita und Schule. Tägliche Wahlfreiheit zwischen vegetarischer Kost und Mischkost.
- **Friedenserziehung:** Keine Werbeveranstaltungen der Bundeswehr oder subtile Wehrerziehung an Oldenburger Schulen. Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses und Fokus auf gewaltfreie Konfliktbewältigung.

- **Personal & Ausstattung:**

- Massive Investitionen in Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden, in zeitgemäße digitale Ausstattung und naturwissenschaftliche Labore.

- Entlastung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeiter/-innen und Schulpsychologen/-innen, Verwaltungspersonal, sowie pädagogische Unterstützung für Inklusions- und Integrationsaufgaben.
- **Frühkindliche und Erwachsenenbildung:**
 - Kostenfreie Krippenplätze und Ausbau der Kita-Plätze nach sozialen Kriterien.
 - Verpflichtende Sprachtests vor der Grundschule und bedarfsgerechte Logopädie/Ergothérapie vor Ort.
 - Finanzielle Absicherung der VHS Oldenburg.
- **Verbesserte Integration:** erleichterte und verkürzte Anerkennung ausländischer Qualifikationen durch ein transparentes, leicht zugängliches und unbürokratisches Verfahren. Ausreichende Sprachkurseangebote, um das Erlernen des notwendigen Sprachniveaus zu ermöglichen und so die Chancen auf Teilhabe am Arbeits- und Berufsleben zu verbessern.

5. Umwelt und Klimaschutz

Das BSW bekennt sich klar zum Klimaschutz und zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt, deshalb wollen wir auf kommunaler Ebene einen Beitrag dazu leisten, die Folgen des Klimawandels zu minimieren und die Umwelt zu erhalten. Das ehrgeizige Ziel, bis 2035 in Oldenburg klimaneutral zu werden, wird nicht erreicht werden können. Klimaschutz muss realistisch, pragmatisch und lokal wirksam gestaltet werden, ohne die Bürger finanziell zu überfordern. Das Thema Klimaschutz darf die anderen Umweltthemen - wie Belastungen mit Pestiziden, Chemikalien, Plastik, Feinstaub, die zunehmende Versiegelung vorhandener Flächen etc. - nicht zurückdrängen.

Klimaneutralität kann nicht lokal begrenzt und allein mit den Mitteln der Kommunalpolitik hergestellt werden. Ein Riesenschritt zur Schonung des Klimas wäre die Vermeidung weiterer Aufrüstung und eine Außenpolitik, die auf Frieden und Verständigung mit allen Ländern, auch Russland, setzt. Die endlose Verlängerung des Krieges in der Ukraine mit immer mehr Waffenlieferungen fordert nicht nur unzählige menschliche Opfer. Jeder Krieg ist auch eine Umweltverbrechen.

- **Ökologische Stadtgestaltung:** Start eines massiven Aufforstungsprogramms zur CO₂-Bindung sowie Erhalt und Ausbau von Grün- und Wasserflächen. Mehr Bäume im Stadtgebiet – auch auf kleinen Flächen.
- **Klimaanpassung & Schutz:** Erarbeitung von Hitzeschutzkonzepten durch Grünschnitten und gezielte Entsiegelung. Ausbau von Rückhaltebecken zum Schutz gegen Starkregenereignisse.
- **Baum- & Naturschutz:** Die jüngst beschlossene Baumschutzsatzung ist zu bürokratisch und überreguliert. Sie muss bürgerfreundlicher abgeändert werden.
- **Schutzgebiete:** Konsequenter Erhalt von Landschafts- und Naturschutzgebieten als Lebensraum für Tiere und Erholungsraum für Menschen.

- **Umwelt & Verkehr:** Der Öffentliche Personennahverkehr muss finanziell stärker gefördert werden. Die Fahrpläne müssen realistisch sein und die Umstiegszeiten müssen aufeinander abgestimmt werden.
- **Alternative Energie:** mehr Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, Gewerbebetrieben und Wohnhäusern statt auf Freiflächen. Solange der Netzausbau nicht ausreichend erfolgt ist und erforderliche Speicherkapazitäten nicht zur Verfügung stehen, dürfen keine zusätzlichen Windkraftanlagen gebaut werden. **Keine Windräder** in den Bornhorster Wiesen und anderen **Landschaftsschutzgebieten**.
- **Kommunaler Wärmeplan:** Der kommunale Wärmeplan wird so gestaltet, dass die Umstellung der Heizungen auf erneuerbare Energie freiwillig und im offenen Dialog mit der Bevölkerung vorgenommen wird, ohne dass über eine jetzt schon angedrohte Stilllegung des Gasnetzes Druck ausgeübt wird.

6. Kultur und Sport

Kultur und Sport stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen die Kultur in ihrer Vielfalt fördern. Sie muss für alle Menschen in Oldenburg – unabhängig vom Geldbeutel – zugänglich sein. Dabei setzen wir auf echte Teilhabe statt auf ideologische Vorgaben.

- **Sport für alle:** Förderung des Breitensports durch zusätzliche Sportplätze, Kunstrasenflächen und Sporthallen. Die Mitgliedschaft in Vereinen muss insbesondere für Kinder leistbar bleiben.
- **Schwimmgarantie:** Erhalt und Ausbau aller vorhandenen und geplanten Schwimmbäder. Einstellung von ausreichend Personal, damit jedes Kind nach der Grundschule sicher schwimmen kann.
- **Kulturelle Vielfalt:** Zur Kultur gehört nicht nur die sogenannte „Hochkultur“, deshalb müssen lokaler Bräuche und Feierlichkeiten - ohne Einengung durch „woke“ Richtlinien - erhalten bleiben. Politik hat die Aufgabe, sprichwörtlich und im übertragenen Sinne Räume für die Kultur und den kulturellen Austausch zu schaffen. Wir fordern den Ausbau des Programms „Raum auf Zeit“, um auch nicht-etablierten Künstlern und Projekten Räume zu öffnen.
- **Bürokratieabbau im Nachtleben:** Ablehnung einer Koordinierungsstelle für das Nachtleben („Nachtbürgermeister“); wir setzen auf Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung. Wir wollen den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für Kultur vereinfachen und den Menschen so die Möglichkeit geben künstlerische Ideen, die ihren eigenen Vorstellungen entsprechen, umzusetzen.
- **Völkerverständigung:** Zum kulturellen Leben einer Stadt gehört auch die Völkerverständigung. Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen gepflegt und mit Leben erfüllt werden.

7. Demokratie: Das gläserne Rathaus und echte Mitbestimmung

Unser Ziel für Oldenburg ist eine Demokratie, die täglich gelebt wird – offen, gerecht und mit gleichen Beteiligungsmöglichkeiten für alle. Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft ein, in der sich Menschen respektvoll begegnen und politische Entscheidungen transparent sowie nachvollziehbar getroffen werden. Echte Mitsprache bedeutet für uns, dass die Bürgerinnen und Bürger direkt in die Gestaltung ihrer Stadt einbezogen werden.

Bürgerbeteiligung vor Ort:

- **Zweimal jährlich stadtteilbezogene Bürgerversammlungen.** Anliegen der Bewohner sowie die Planungen von Rat und Verwaltung werden im Wechsel vorgestellt und diskutiert. Einladungen erfolgen schriftlich an alle Einwohner.
- Einrichtung eines Jugendparlaments mit Antragsrecht für den Stadtrat.
- Verbindliche **Bürgerforen** vor der Umsetzung großer Bau- oder Verkehrsprojekte. Kosten, Umweltfolgen und soziale Auswirkungen sind **vollständig** und transparent offenzulegen.
- Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo die Menschen leben. Deshalb müssen öffentliche Räume, wie Bürgerhäuser und Bibliotheken, Initiativen und Bürgerversammlungen gebührenfrei zur Verfügung stehen.
- **Direkte Demokratie stärken:**
 - Absenkung des Unterschriftenquorums für Bürgerbegehren auf **5 % der Wahlberechtigten**. Das Zustimmungsquorum soll weiterhin bei 20 % bleiben, um eine ausreichende demokratische Legitimation zu gewährleisten.
 - Transparente, verständliche und bürgerfreundliche Verfahren. Information und Beratung durch die Verwaltung, damit politische Anliegen unkompliziert und formgerecht eingebracht werden können.
 - Initiatoren erfolgreicher Bürgerentscheide erhalten die Möglichkeit, die Umsetzung gemeinsam mit Verwaltung und Politik in öffentlichen Bürgerversammlungen aktiv zu begleiten.
 - Ausbau digitaler, barrierefreier und hybrider Beteiligungsformate.
- **Transparenz der Verwaltung - „Gläsernes Rathaus“:**
 - Öffentlichkeit der Rats- und Ausschusssitzungen – soweit rechtlich zulässig. Ergänzende Einrichtung eines Livestreams aller öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen (dauerhaft abrufbar).
 - Alle digitalen Angebote, Internetseiten und Formulare müssen barrierefrei gestaltet werden. Alle Informationen müssen in „Leichter Sprache“ bereitgestellt werden.
 - Die Verwaltung soll eine zentrale Anlaufstelle für Anliegen der Bürger einrichten. Damit sollen bürokratische Hürden abgebaut und der direkte Kontakt erleichtert werden.

- Das Antrags- und Förderwesen im Bereich freiwilliger kommunaler Leistungen ist transparenter zu gestalten. Kommunale Mittel sollen nach ihrem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger vergeben werden.
- Einrichtung einer zentralen Online-Plattform, auf der Haushaltsdaten, Fördermittel, Bauprojekte, Umwelt- und Verkehrsdaten sowie Ratsbeschlüsse verständlicher und übersichtlicher als bisher veröffentlicht werden.
- Einsatz eines Korruptionsbeauftragten. Einrichtung unabhängiger **Ombudsstellen** für Bürger und Verwaltungsmitarbeitende zum Aufdecken von Missständen. Hinweisgeber (Whistleblower) müssen dabei wirksam geschützt werden.
- **Neutralität & Förderung:**
 - Offenlegung aller kommunalen Fördermittel für Vereine, Initiativen, Projekte (NGOs).
 - Bei der Förderung politischer Bildungsarbeit konsequente Einhaltung des **Beutelsbacher Konsenses**: Keine Indoktrination in der politischen Bildungsarbeit; Förderung nur bei Gewährleistung geistiger Offenheit.

8. Frauenpolitik

Frauenpolitik wird in der öffentlichen Debatte auf Symbole, Quoten oder Sprachregulierungen verkürzt. Unser Ziel ist es, die realen Lebensumstände zu verbessern: durch bessere Chancen im Berufsleben, das Ende ungleicher Bezahlung, den Schutz vor Gewalt und die Sicherung von Schutzräumen.

- **Gleichstellung & Beruf:** Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt und städtischen Betrieben für echte Gleichberechtigung. Unterstützung von Müttern und Alleinerziehenden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- **Care-Arbeit:** Erhöhung der gesellschaftlichen Anerkennung und finanziellen Wertschätzung von Pflege- und Erziehungsarbeit.
- **Schutz & Sicherheit:** Finanzielle Absicherung der beiden Oldenburger Frauenhäuser. Erhöhung der Sicherheit an öffentlichen Plätzen, Haltestellen und in Parkhäusern durch bessere Beleuchtung, Notrufsysteme und mehr Frauenparkplätze.

9. Verantwortungsvolle Finanzen: Investieren statt Kaputtsparen

Die drohenden Haushaltsdefizite sind nicht hausgemacht, sondern Folge politischer Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Die herrschende Politik betreibt auf Kosten der Kommunen eine Politik der Militarisierung, der Energiepreissteigerung und des Sozialabbaus bei gleichzeitiger Entlastung der Reichen und Vermögenden. Das BSW Oldenburg tritt gegen den Kurs des Kaputtsparens an und setzt auf eine antizyklische Finanzpolitik - Investitionen in

schlechten Zeiten sichern die Zukunft unserer Stadt. In diesem Sinne muss eine angemessene Kreditaufnahme stattfinden.

- **Gerechte Einnahmen:**

- **Keine Erhöhung der Grundsteuer:** Wir wollen Mieter und Eigentümer nicht noch weiter belasten.
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindewirtschaftssteuer. Entlastung für kleine und mittlere Betriebe durch Erhöhung des Freibetrages auf mindestens 38.000€.
- **kommunale Steuerautonomie:** Kommunen müssen zielgerichtete eigene Steuern erheben können.

- **Effizienz vor Prestige:**

- Jede Geldausgabe der Stadt muss begründet sein und zu einer Verbesserung des vorherigen Zustandes führen.
- Ablehnung teurer Prestigeprojekte - Beispiel: Die Umgestaltung des Pferdemarktes ist nicht gut durchdacht, ideologiegetrieben und führt für die meisten Verkehrsteilnehmer zu einer Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand.
- Investitionen nicht in Prestige-Denkmäler, sondern in ökologisch sinnvolle Projekte wie das von uns vorgeschlagene **Wiederaufforstungsprogramm**.

- **Starke Kommunen:** Bund und Land müssen die Kommunen für übertragene Aufgaben vollumfänglich entschädigen und ihre Zuweisungen erhöhen (Konnexitätsprinzip). Eine angemessene Kreditaufnahme für Investitionen muss möglich sein.

- **Städtische Beteiligungen** wie die Bäderbetriebsgesellschaft, die Weser-Ems-Hallen und zukünftig das Stadion sichern die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt. Ein Gegeneinander-Ausspielen dieser Institutionen lehnen wir ab. Allerdings müssen die Ausgaben verhältnismäßig und zielführend sein.